Abend-Ausgabe.

Berliner Tageblatt.

Nr. 598. **Berlin, Mittwoch, den 24. November 1886.** **XV. Jahrgang.**

Politische Tagesübersicht.

Rekonvaleszentenhäuser für Arbeiter.

Bei aller Anerkennung der Fortschritte, welche die öffentliche Krankenpflege mehr und mehr auch in Deutschland gemacht hat, mußten wir doch an dieser Stelle wiederholt auf eine große Lücke hinweisen, ohne deren Ausfüllung die Krankenpflege nur Stückwerk bleiben kann. Wir meinen den Mangel an ausreichender Fürsorge für genesende Kranke, welche den Abschluß jeder verständigen Krankenpflege bilden sollte. Wir wiesen auf die Nothwendigkeit einer Errichtung von Rekonvaleszentenhäusern hin, die namentlich für die arbeitende Bevölkerung ein dringendes Bedürfniß ist.

Für Jedermann ist es erwünscht und heilsam, wenn er unmittelbar nach überstandener schwerer Krankheit seine Kräfte noch eine Zeit lang schonen kann. Nicht minder gilt das vom Arbeiter, der sich der Gefahr einer neuen Erkrankung aussetzt, wenn er, kaum hergestellt, mit geschwächter Kraft die Arbeit wieder aufnehmen muß. Nicht nur sich selbst und seine Familie, sondern auch die Krankenkasse kann er dann leicht in neue Verlegenheiten und Unkosten bringen, und schon* aus Zweckmäßigkeitsgründen — von allen anderen Gründen abgesehen — sollte man daher darauf bedacht sein, auch dem erkrankten und noch nicht völlig genesenen Arbeiter eine Frist zu gehöriger Erholung und Kräftigung zu sichern. Auch das ist ein Stück Sozialreform, und zwar eines, das der sympathischen Aufnahme und verständnißvollen Mithilfe in Arbeiterkreisen sicher sein kann.

Zu unserer lebhaften Freude können wir heute mittheilen, daß der von uns betonte Gedanke sich bereits in die That umzusetzen beginnt, daß man in Berlin im Begriff steht, auch in dieser Beziehung mit dem guten Beispiel voranzugehen.

Stadtsyndikus Dr. Eberty hat als Vorsitzender des Komitees des Gewerkskrankenvereins den Antrag gestellt, den diesjährigen Dispositionsfonds dieses großen Verbandes zu einem von dem Plenum noch zu bestimmenden Betrage zur Pflege genesender Arbeiter und Arbeiterinnen zu verwenden.

In den Erläuterungen zu seinem Antrage weist Eberty auf die großartigen Einrichtungen hin, die für die Rekonvaleszentenpflege in England und Frankreich schon seit langer Zeit bestehen. London brachte für diesen Zweck in der Gesammtheit seiner auf freier Vereinsthätigkeit beruhenden Institutionen 1881 nahezu eine Million Mark auf. Paris besitzt zwei große Rekonvaleszenten-Häuser, und die französischen Krankenkassen schießen für ihre in solche Häuser aufgenommenen Mitglieder Beiträge zu.

In Berlin fehlte es bisher noch an Anstalten dieser Art. Unsere Krankenhäuser — 23 an der Zahl — sind fortdauernd überfüllt, und die Folge ist, daß die Kranken nach Ueberwindung der dringendsten Gefahr entlassen werden, ohne daß Zeit, Raum und Gelegenheit für ihre vollständige Erholung vorhanden ist. Es ist also nothwendig, auch hier besondere Stationen für diesen Zweck zu schaffen. Es wird dies mit Aufwendung weit geringerer Mittel geschehen können, als für eigentliche Krankenhäuser aufzuwenden sind. Der Antragsteller berechnet, daß zur Pflege eines Rekonvaleszenten täglich etwa 1 Mark 30 Pf. nöthig sein würden, und macht, vorbehaltlich späterer größerer Organisationen, Vorschläge zur sofortigen theilweisen Ausführung der Idee.

Von dem Johanniter Siechenhause in Groß-Lichterfelde ist dem Verbandskomitee das Anerbieten gemacht, zum Satze von 1 Mark täglich Rekonvaleszenten aufzunehmen. Es würden deren 20 in einem besonderen, durchaus geeigneten Gebäude untergebracht werden können. Hier könnte sogleich der Anfang gemacht werden. Die Mittel gewährt der Dispositionsfonds des Gewerkskrankenvereins.

Es versteht sich von selbst, daß während des Aufenthalts im Rekonvaleszentenhaus das Krankengeld fortgezahlt wird. Denn ein Genesender ist zwar nicht mehr krank, aber er ist noch erwerbsunfähig. Und das ist das gesetzlich Entscheidende (§§ 6 und 7 des Krankenkassengesetzes).

Es ist ferner verfügbar zu machen das große Wohngebäude des städtischen Gutes Heinersdorf bei Lichterfelde; vielleicht auch dasjenige von Malchow. Heinersdorf besitzt einen sehr schönen, 22 Morgen großen, mit prächtigen Bäumen bestandenen Park. Hier sind für Genesende vorzügliche Promenaden und Ruheplätze vorhanden. Eben dies würde auch von Malchow im Norden Berlins gelten.

Es ist anzunehmen, daß die Stadt Berlin nicht zögern würde, zu den Einrichtungskosten beizutragen. Die Kassen des Vereins haben seit dem Bestehen des Krankenversicherungszwanges der Armendirektion etwa 300,000 Mark an Krankenhaus-Kurkosten erstattet. Es sprechen daher schon Billigkeitsrücksichten dafür, daß die Stadtgemeinde das neue Unternehmen gern fördern wird. Auch sonstige Körperschaften, Vereine und Private werden gewiß freudig ihr Scherflein beitragen, wenn nur erst der Verein selbst die Fürsorge für genesende Mitglieder entschlossen angegriffen und nach den Vorschlägen Eberty's einen ersten Versuch damit gemacht haben wird.

Hoffen wir, daß es auf solche Weise recht bald gelingen möge, Heimstätten für genesende Arbeiter, wie in Berlin, so auch anderwärts in entsprechender Anzahl und Einrichtung zu schaffen. Die segensreiche Rückwirkung auf unsere sozialen Zustände wird dann gewiß nicht ausbleiben.

---

* Die „Schles. Volksztg." meldet nach einem Telegramm unseres Breslauer △-Korrespondenten zuverlässig, der Papst habe der Bitte des Breslauer Fürstbischofs um Ernennung eines Koadjutors zur Zeit nicht stattgegeben. — Die Verzögerung scheint damit zusammenzuhängen, daß der Papst nach den neueren Vorgängen Bedenken trägt, dem früher für diesen Zweck in Aussicht genommenen Bischof Kopp mit dem wichtigen Amt zu betrauen.

---

* Die Nachrichten über die in Aussicht genommene Uebertragung des General-Kommandos des 6. Armeekorps an den Kriegsminister Generallieutenant Bronsart v. Schellendorff erfahren ein weiteres Dementi durch folgende von unserem Breslauer △-Korrespondenten telegraphisch uns zugehende Nachricht: Die Breslauer Zeitung erfährt aus sonst gut unterrichteter Quelle, daß zum Nachfolger des verstorbenen Kommandeurs des 6. Armeekorps der bisherige Kommandeur der 21. Division in Frankfurt am Main, Generallieutenant v. Böhn, ernannt sei.

---

* An der schlesisch-österreichischen Grenze sind von den diesseitigen Behörden umfassende Maßregeln getroffen, um eine Einschleppung der Cholera zu verhüten. Größte Vorsicht scheint in der That dringend geboten, denn wie ein Telegramm der „Schles. Ztg." aus Oderberg meldet, wurde dort durch den preußischerseits daselbst stationirten Arzt, Dr. Steiu, eine aus Ungarn kommende Auswanderin als choleraverdächtig zurückgewiesen. Seit gestern findet in Oderberg täglich eine Desinfektirung des zur Revision benutzten Scales im Bahnhofe durch Karbolsäure-Sprühregen und Dampf statt. Auch in Ratibor ist die Untersuchung der unbemittelten österreichisch-ungarischen Auswanderer wieder angeordnet worden. Am Sonnabend stieß man in Oderberg eine Frau aus Pograd passiren, deren Kind angeblich an der Cholera gestorben ist. Zu Folge dessen hat der Landrath des Kreises Ratibor beantragt, daß in Oderberg auch solche Personen von der Fahrt nach Preußen ausgeschlossen werden, welche nachweislich mit Choleraktanken in Berührung gekommen sind. Auf dem Bahnhofe in Ratibor werden jetzt die Auswanderer durch Dr. Breslauer untersucht werden. Ferner sollen auf allen Bahnstationen im Kreise Ratibor Krankenstationen eingerichtet werden, um Personen, die unter cholieraähnlichen Erscheinungen erkranken, sofort unterbringen zu können. In Ratibor wird außerdem bereits seit vier Tagen die Feststellung der Geldmittel bei den Auswanderern durch die Polizei ausgeführt. Am 21. November wurden dort sechs und am 22. November acht Personen von der Weiterfahrt ausgeschlossen und nach Oderberg zurückgebracht. Ueber die in Breslau getroffenen Maßnahmen berichtet die „Breslauer Ztg.": „Wie wir hören, ist die Anordnung getroffen worden, daß die Eisenbahn wieder, wie früher, für die aus Oesterreich-Ungarn kommenden Auswanderer besondere Waggons benutzen soll. Ferner ist der Desinfektions-Apparat des königlichen Polizeigefängnisses vorläufig in das Wenzel-Hancksche Krankenhaus geschafft und in Göttingen sind zwei neue Dampf-Desinfektions-Apparate bestellt worden. — Sobald der Eisenbahnzug Abends 6 Uhr 10 Min. und 9 Uhr aus Oberschlesien auf dem hiesigen Centralbahnhofe angekommen ist und die Auswanderer die Waggons verlassen haben, werden letztere sofort losgekoppelt, durch eine besondere Maschine fortgeführt und dann einer gründlichen Desinfektion unterworfen. Die Auswanderer selbst werden ohne Aufenthalt in die für sie bestimmte Baracke geführt, wo sie durch Herrn Dr. med. Wolff, der ständig den sanitären Uebermachungsdienst versieht, der ärztlichen Revision unterworfen werden. Die Polizeiorgane haben streng darauf zu sehen, daß die Auswanderer mit dem Publikum in keine Berührung kommen. Jeder Versuch seitens des Publikums, sich den Auswanderern zu nähern, wird zurückgewiesen. Denjenigen Auswanderern, welche noch keine direkten Billets nach Hamburg oder Bremen haben, werden dieselben durch Eisenbahnbeamte in die Baracke gebracht. Letztere wird durch zwei Schutzleute scharf bewacht. Dem Vernehmen nach werden diejenigen Auswanderer, welche hier bleiben wollen, einer achttägigen Quarantaine in der Baracke unterworfen."

Ein Telegramm unseres Breslauer △-Korrespondenten meldet uns noch: „An der preußischen Grenzstation Ziegenhals in Oberschlesien sollen jetzt sämmtliche österreichische Passagiere auf den Gesundheitszustand ärztlich untersucht werden. In Breslau ist bisher kein weiterer Cholerafall vorgekommen."

Verein der jungen Kaufleute.

(Spezialbericht des „Berliner Tageblatts".)

Die wirthschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Frau.

Aus der reichen Fülle der politischen und gesellschaftlichen Fragen, welche unsere Zeit bewegen, hat Professor Elster aus Königsberg i. Pr. dieses Thema zu seinem vorgestrigen Vortrag im hiesigen Verein der jungen Kaufleute gewählt, ein Thema, das mit unseren allgemeinen und höchsten Kulturinteressen im engsten und tiefgreifenden Zusammenhange steht. Handelt es sich doch bei der Frauenfrage nicht nur um die Wohlfahrt der weiblichen Hälfte des Menschengeschlechts, sondern geradezu um das Wohl der ganzen Menschheit. Der meist unstritten Theil der Frauenfrage ist derjenige, welcher sich auf die Frauenarbeit bezieht, und gerade hier kann man nur allzuleicht auf verhängnißvolle Irrwege gerathen, wenn die Schranken überschritten werden, welche die Natur und die historische Entwickelung gezogen.

Die Frauenfrage als Frauenerwerbsfrage hat eine doppelte Seite: zunächst handelt es sich um den Frauenschutz im Hinblick auf die arbeitenden Klassen, sodann um die Erweiterung des Erwerbes der Frauen aus den mittleren Ständen.

Allein welche dieser beiden Seiten man auch ins Auge faßt, immer wird man in ein und derselben Thatsache die Ursache des heutigen Nothstandes finden: daß ein beträchtlicher Theil der Frauen innerhalb der Familie keine Verwendung findet. Die Schuld daran trägt hauptsächlich das Mißverhältniß zwischen der Zahl der heirathsfähigen Männer und der heirathsfähigen Frauen, sowie die nothwendige oder freiwillige Enthaltung der Männer von der Ehe.

Die weibliche Bevölkerung ist insbesondere bei uns in einem bedeutenden numerischen Uebergewicht. Eine nähere Berechnung zeigt, daß die Natur es eigentlich auf ein Uebergewicht des männlichen Geschlechts abgesehen hat. In Deutschland wenigstens ist die Zahl der männlichen Geburten größer als die der weiblichen, es kommen hier jährlich auf 100 Mädchengeburten 106 Knabengeburten. Aber andere Momente, wie die größere Gefährdung und die geringere Widerstandsfähigkeit des männlichen Lebens, wirken dem ursprünglichen Verhältniß entgegen, so daß sich bis zum 17. Lebensjahre die Zahl gewöhnlich ausgleicht. In der späteren Zeit treten noch andere Umstände zu Ungunsten der männlichen Bevölkerung ein: ihre vielfach gesundheitsschädliche Beschäftigung, Trunksucht, Kriege, Auswanderungen. Alle diese Umstände bewirken das Uebergewicht der Frauen. Bei uns entfallen in dem Lebensalter von 10—20 Jahren auf 1000 Männer 1004 Frauen, in dem Alter von 20—30 Jahren auf 1000 Männer 1024 Frauen, und in dem über das 20. Jahr überhaupt hinausgehenden Alter auf 1000 Männer 1113 Frauen. Darnach können also alle Frauen unmöglich heirathen, selbst wenn alle Männer zur Ehe schreiten wollten und könnten. Es bleiben aber regelmäßig zehn Prozent der Männer in Deutschland unvermählt. Ein erheblicher Theil der weiblichen Bevölkerung ist somit auf eigenen Erwerb angewiesen. Hier liegt die Ursache der Frauenfrage.

Nach den Ueberlieferungen der Historiker soll das Leben der deutschen Frauen in früheren Zeiten harmonischer und abgerundeter gewesen sein. Ein eigentlicher Nothstand sei dem weiblichen Geschlecht damals ferngeblieben. Indeß ist in Wahrheit das Bild denn doch ein anderes. Die deutschen Historiker haben getrost. Tacitus erzählt uns freilich, daß die alten Germanen in den Frauen etwas Heiliges und Verehrungswürdiges sahen, aber derselbe Tacitus schildert andererseits die Stellung der Frau bei unseren Vorfahren derart, daß wir auf eine Ueberlastung der Frau mit physischer Arbeit schließen müssen. Die Frau hatte die gesammte Gütererzeugung zu bewerkstelligen, die Frau war es, welche die Familie ernährte. Dieser Zustand änderte sich mit der Zeit, es trat eine weitgreifende Entlastung der Frau ein, bis sich schließlich ihre Arbeit auf das beschränkte, was wir die Haushaltung nennen. Der Mann übernahm nach und nach die erzeugende Arbeit, während der Frau immer mehr die erhaltende und verzehrende Thätigkeit zufiel.

Diesen Zug der historischen Entwickelung festzuhalten und zu berücksichtigen, ist die Aufgabe jeder gesunden Sozialpolitik.

Freilich entstand wieder ein gewaltiger Rückschlag durch die Einführung des Fabriksystems. Die Frauenarbeit wird in Fabriken und Werkstätten sehr bevorzugt. Es sind gegenwärtig in Deutschland über 300,000 Arbeiterinnen in Fabriken beschäftigt, wobei die Mädchen unter 16 Jahren nicht mitgezählt sind, und diese Zahl ist im steten Wachsen begriffen.

Diese Zunahme ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Die verheiratheten Frauen treibt zumeist die Noth zur Arbeit, weil sie einen wesentlichen Theil des Erwerbes sichern müssen. Die unverheiratheten Arbeiterinnen suchen dagegen gewöhnlich aus Putz- und Genußsucht die Fabriken auf; hier haben sie eine unabhängige und unbescholtene Stellung, in der sie dem Vergnügen zur Genüge nachgehen können. Die Hauptursache ist aber die stetig wachsende Nachfrage in den Fabriken nach weiblichen Arbeitskräften, welche bedeutend billiger sind als die männlichen.

Die ausgedehnte Beschäftigung der Frauen schließt jedoch ernste Gefahren für das Familienleben und die Familiensitte in sich. Die Familie ist nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der sittliche Mittelpunkt des Volkslebens. Eine Frau aber, die schon als Mädchen Jahre lang in Fabriken gearbeitet hat, wird selten ihrem Manne ein wohliges Heim zu bereiten und ihn an das Haus zu fesseln verstehen. Noch größer sind die Nachtheile des Besuchs der Fabriken durch die verheiratheten Frauen. Des Morgens verlassen sie zeitig früh mit dem Manne das Haus, kehren erst spät Abends wieder heim und finden daher nicht die Zeit und die Kraft, ihrem eigentlichen Frauenberufe nachzukommen. Die Erziehung und die Pflege der Kinder wird natürlich vernachlässigt. Daher die große Kindersterblichkeit in den Fabrikdistrikten.

Welche Aufgabe hat hier nun die Gesetzgebung? Als Ziel der gesetzgeberischen Bestrebungen muß vor Allem die Beseitigung der verheiratheten Arbeiterin aus der Fabrik betrachtet werden. Und wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich unsere Produktionsverhältnisse so gestalten werden, daß die Frau der Familie zurückgegeben werden kann. Es wird freilich lange Zeit vergehen, bis wir diesen leuchtenden Zielpunkt aller sozialen Reformen erreichen werden. Es genügt jedoch bei der Erstrebung dieses Ziels keineswegs ein Direkt auf die Arbeitgeber; richtiger, aber auch schwieriger ist es, den Grund des Frauenerwerbs zu heben, die Noth und das Elend, welche das Weib zur Arbeit zwingen, zu lindern.

Es giebt indeß, abgesehen von der soeben erwähnten durchgreifenden Maßregel, noch andere Mittel, um wenigstens die schlimmsten Folgen der Frauenarbeit zu verhindern: die gesetzliche Einführung einer Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen, wobei wieder zwischen verheiratheten und unverheiratheten Arbeiterinnen unterschieden werden muß, und hauptsächlich das Verbot der Nachtarbeit.

Der Staat hat bereits Schritte zum Schutz der Frau und damit zum Schutz der gegenwärtigen und kommenden Geschlechter gethan. Er muß diesen Weg weitergehen und darf ihn niemals wieder verlassen, denn die Lebenskraft der Nation wurzelt in der Kraft des arbeitenden Volkes.

Es soll aber durchaus nicht gesagt werden, daß die Frau dem Erwerb gar nicht nachgehen solle. Es giebt in Deutschland über vier Millionen unverheirathete Mädchen im Alter von 17—50 Jahren, gewiß eine erschreckend große Zahl. Welchem Beruf wenden sich davon Diejenigen, die in der Familie keinen Raum finden, zu? Die Mädchen der besseren Klassen werden Erzieherinnen oder Lehrerinnen. Dieser Beruf gilt bei uns allein als Landesgenuß. Der Andrang ist daher zu diesem Beruf ein ungeheurer, die Konkurrenz unabsehbar; die Löhne werden zu Folge dessen zu wahren Hungerlöhnen. Die jungen Mädchen aus den besseren Ständen wählen eben in allzu einseitiger Weise mit Unrecht nur diesen einen Beruf. Ist denn das Mädchen, welches sich durch Handarbeiten oder als Buchhalterin ernährt, schlechter, als die Gouvernante? Es muß unser Bestreben sein, die kaufmännischen Berufsarten den Frauen immer mehr zugänglich zu machen, um dem entsetzlichen Lehrerinnenelend erfolgreich entgegentreten zu können.

Man hört vielfach sagen: Wenn ich der Tochter nichts Anderes mitgeben kann, so will ich ihr wenigstens eine gute Bildung geben, diese ist besser, als etwas Geld. Zu einer gewissen Beziehung ist das richtig. Aber ist Bildung identisch mit einer gewissen Summe formalen Wissens oder mit den Kenntnissen, die eine Gouvernante braucht? Mit einem Vermögen von 1000 Mark könnte sich das Mädchen vielleicht leidlich